

CDU Schleswig-Holstein

SPD-Schmutzkampagne verstößt gegen Anstand und Fairneß

Der Landesvorstand der CDU Schleswig-Holstein hat am 28. September 1987 in Kiel unter Leitung des Landesvorsitzenden, Bundesminister Gerhard Stoltenberg, den Stand der Koalitionsverhandlungen mit der FDP und die politische Situation nach der Rücktrittserklärung von Ministerpräsident Uwe Barschel erörtert. Nachdem Ministerpräsident Uwe Barschel die Gründe für seinen Schritt erläutert hatte, sprach ihm der Landesvorstand den Respekt für sein Motiv, einen möglichst reibungslosen Abschluß der Koalitionsverhandlungen zu fördern, aus und dankte ihm für seine erfolgreiche Arbeit in über fünf Jahren als Regierungschef des Landes.

Der Landesvorstand stimmt mit der Landtagsfraktion der CDU in allen aktuellen Fragen überein. CDU und FDP haben den Auftrag erhalten, möglichst schnell die Voraussetzungen für eine neue Landesregierung zu schaffen. Die Sachgespräche mit der FDP haben gute Fortschritte gemacht und können bald zu einem positiven Abschluß führen. Der Landesvorstand hat den

Neu im Angebot:
Das aktuelle
CDU extra

HEUTE AKTUELL

● HEINER GEISSLER

Wirtschaftliches Wachstum ist die Voraussetzung für eine gute Zukunft. Seite 5

● POST

Geplante Neuordnung ist keine Zerschlagung der Bundespost. Seite 11

● GEMEINDEN

Spitzengespräch beim Kanzler: Der Bund bleibt ein fairer Partner. Seite 14

● DOKUMENTATION

Berliner Erklärung verabschiedet. Bericht von der 3. Parteiführerkonferenz der IDU in Berlin vom 24. bis 26. September 1987. Grüner Teil

● ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Gesamtangebot der Informations- und Werbemittel der Bundesgeschäftsstelle. Rosa Teil

Heiner Geißler

Der Wählerauftrag ist klar

Zur Frage der Regierungsbildung in Schleswig-Holstein erklärte Heiner Geißler in den „Bonner Perspektiven“ (ZDF) u. a.:

Der Wählerauftrag ist klar. Die Sozialdemokraten haben keinen Regierungsauftrag. Sie haben 36 Sitze. Der Regierungsauftrag des Wählers geht an die Christlich Demokratische Union und an die Freien Demokraten. Jeder Wähler in Schleswig-Holstein hat gewußt, was er entscheidet. Und wenn Herr Engholm die Freien Demokraten auffordert, mit ihm zusammen eine Koalition zu machen, dann bedeutet das die Aufforderung, den Wähler zu betrügen. Die Freien Demokraten, das ist mir noch einmal von Herrn Genscher gesagt worden, das sagt Herr Bangemann, das sagen die Freien Demokraten in Kiel, stehen zu ihrer Aussage vor der Wahl. Wir dürfen ja nicht verwechselt werden mit den Sozialdemokraten, die ja nun geschichtlich bewiesen haben, daß sie in der Regel vor der Wahl anders reden als sie nach der Wahl handeln.

Frage: Inwieweit geht der Landesvorsitzende Stoltenberg geschwächt aus dieser ganzen Aktion hervor?

(Fortsetzung von der vorigen Seite)

stellvertretenden Ministerpräsidenten Henning Schwarz gebeten, in der CDU-Verhandlungskommission mitzuwirken und den Fraktionsvorsitzenden Klaus Kribben als Vorsitzenden der Kommission benannt.

Die CDU wird nach vorheriger Fühlungnahme mit der FDP dem Landtag einen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten vorschlagen. Bis zur Wahl eines neuen Ministerpräsidenten wird entsprechend der Landessatzung die Landesregierung geschäftsführend unter dem Vorsitz des stellvertretenden Ministerpräsidenten Henning Schwarz ihre Aufgaben

Antwort: Wieso soll der geschwächt sein? Ich erkenne nur aus der Reaktion der Sozialdemokraten, daß jetzt in dieser Kombination von „Spiegel“, diesem dubiosen Kronzeugen Pfeiffer und den Sozialdemokraten einer der untadeligsten und unbescholtensesten und besten Männer unserer Republik ebenfalls in den Schmutz gezogen werden soll. **Wir Christliche Demokraten weisen dies mit aller Schärfe zurück.**

Frage: Herr Dr. Geißler, es bleibt die Frage, wo kriegen Sie eine Mehrheit her?

Antwort: Wir haben doch eine Mehrheit. CDU und FDP haben 37 Sitze, und zwar nicht von Gottes Gnaden, sondern aufgrund des Wählerauftrages. Und die Sozialdemokraten haben 36. Der Vertreter des Südschleswigschen Wählerverbandes vertritt ja eine Sonderposition. Er ist im Landtag, weil er die Minderheit in Schleswig vertritt, die deutsch-dänische Minderheit. Und diese Position bedeutet doch, daß er die Aufgabe hat, diese Minderheitenrechte zu vertreten und nicht den Ministerpräsidenten und das Schicksal dieses Landes zu bestimmen.

wahrnehmen. Das Landtagswahlergebnis unterstreicht die Notwendigkeit, im Parlament bei bestimmten Gesetzgebungs- und Haushaltentscheidungen überparteilich zusammenzuarbeiten. Die CDU ist hierzu im Interesse des Landes bereit.

Der Landesvorstand weist den Versuch einiger SPD-Politiker, durch hältlose Verdächtigungen die CDU Schleswig-Holsteins und ihren Landesvorsitzenden in Verbindung mit den verwerflichen Aktivitäten des früheren Angestellten der Landespressestelle, Pfeiffer, zu bringen, entschieden zurück. Die SPD verstößt mit derartigen Unterstellungen gegen Anstand und Fairneß.

Erklärung von Uwe Barschel zu seinem Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten

In Kiel gab Ministerpräsident Uwe Barschel am Freitag, 25. September 1987, folgende Erklärung ab:

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich werde von meinem Amt als Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein zurücktreten. Nur noch bis zum Ende der Wahlperiode, also bis zum 2. Oktober 1987, werde ich die Amtsgeschäfte weiterführen. Danach wird mein bisheriger Stellvertreter, Minister Dr. Henning Schwarz, bis auf weiteres die Landesregierung geschäftsführend leiten.

Der ehemalige Zeitangestellte in der Pressestelle der Landesregierung, Reiner Pfeiffer, hat schwere Verfehlungen, vielleicht sogar Straftaten begangen. Am Tag vor der Landtagswahl berichtete der „Spiegel“ unter Berufung auf Pfeiffer, ich sei sein Auftraggeber. Mir wurde keine Gelegenheit gegeben, mich vorher dazu zu äußern. Inzwischen habe ich zu diesen Beschuldigungen ausführlich öffentlich und vor der Justiz Stellung genommen und die Vorwürfe nach bestem Wissen und Gewissen widerlegt.

Alle Behauptungen Pfeiffers gegen mich dürfen nicht wiederholt werden; gegen die Gerichtsverfügungen hat Pfeiffer keinen Widerspruch eingelegt. Es bleibt die Tatsache, daß die Taten Pfeiffers aus der Pressestelle der Landesregierung heraus begangen wurden. Dafür übernehme ich die politische Verantwortung, obwohl sie ohne mein Mitwirken und auch ohne mein Mitwissen geschehen sind. Aber ich lehne es ab, die Verantwortung auf Mitarbeiter der Pressestelle oder auf Mitarbeiter der Staatskanzlei abzuwälzen.

Der personelle Neubeginn muß an der Spitze der Landesregierung beginnen durch Wahl eines neuen Ministerpräsidenten oder durch Neuwahlen überhaupt.

Nach den Erklärungen des FDP-Vorsitzenden Zumpfort sehe ich nicht, wie unter meiner Führung eine Koalition des Vertrauens zustande kommen könnte. Die FDP verhandelt zwar unter meinem Vorsitz um den Eintritt in die von mir geführte Landesregierung, sie erklärt auch, daß sie meinen Rücktritt nicht wünsche; andererseits will Herr Zumpfort demonstrativ mit mir nicht fotografiert werden oder gemeinsam vor Kameras auftreten. Darin sehe ich eindeutig eine öffentliche Vorverurteilung. Bereits am Dienstag nach der Landtagswahl hatte ich meinen Rücktritt angeboten; meine Fraktion und meine Partei haben mir jedoch das Vertrauen ausgesprochen und mich veranlaßt, und zwar immer wieder veranlaßt, im Amt zu bleiben. Inzwischen bin ich nach reiflicher Überlegung zu der Einsicht gelangt, daß ich diesem Wunsch meiner Partei nicht länger folgen darf, weil das Wohl Schleswig-Holsteins meinen Rücktritt gebietet.

Zitat

Sowohl Washington als auch Moskau haben in jüngsten Erklärungen das Verdienst des Kanzlers unterstrichen, die Abrüstungsgespräche entscheidend inspiriert zu haben. Spätestens jetzt hätte der Union der Einfall kommen müssen, Helmut Kohl für den Friedensnobelpreis vorzuschlagen.

(Die Rheinpfalz vom 22. September 1987)

IWF und Weltbank:

Gute Noten für die deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik

Die Finanzminister und Notenbankpräsidenten der sieben führenden Industriestaaten (Bundesrepublik Deutschland, USA, Japan, Großbritannien, Italien, Frankreich, Kanada), die sich am vergangenen Wochenende aus Anlaß der gemeinsamen Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Washington trafen, haben sich zufrieden über die Entwicklung der Wechselkurse geäußert.

Wie Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg betonte, soll die seit der Louvre-Vereinbarung vom Februar 1987 erreichte Stabilisierung der Wechselkurse auch weiterhin Richtschnur der Politik sein.

Positiv wird bei den deutschen Handelspartnern insbesondere die solide Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung gewertet: Die bereits beschlossene Aufstockung der Steuersenkung 1988 um 5,2 Mrd. DM zum 1. Januar 1988 sei ein wichtiger Beitrag zur Erhöhung der inländischen Nachfrage und damit der Stützung der Weltwirtschaft.

Den Beratungen der Finanzminister und Notenbankchefs lag eine Konjunkturanalyse des Internationalen Währungsfonds zugrunde, die den sieben führenden Industriestaaten für 1988 ein höheres Wirtschaftswachstum voraussagt. Danach ist in der Bundesrepublik mit einem Wachstumsplus von 2,1 % zu rechnen, 1987 soll das Bruttonsozialprodukt der Bundesrepublik um 1,5 % ansteigen.

Positiv bewertet der IWF den tendenziellen Abbau des Überschusses in der deut-

schen Außenhandelsbilanz. Dies sei ein wichtiger Schritt hin zu einer Verringerung der Handelsbilanz-Ungleichgewichte im internationalen Wirtschaftsgefüge und damit ein positiver Beitrag zu einem möglichst ausgeglichenen Welthandel.

Handel und Handwerk fordern Steuerreform wie vorgesehen

Einzelhandel und Handwerk haben an die Bundesregierung appelliert, „unbeirrt und ohne Abstriche“ an ihren Steuerreformplänen für 1990 festzuhalten. In einer gemeinsamen Erklärung wandten sich die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) und der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) zugleich gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Die Verwirklichung der geplanten Steuerreform, die in drei Stufen insbesondere bei der Lohn- und Einkommensteuer Entlastungen von nahezu 50 Milliarden Mark vorsehe, sei wegen der „überzogenen Abgabenbelastung“, aber auch aus konjunkturellen Gründen dringend geboten, hieß es in der Erklärung. Vor allem die vorgesehene Tarifreform führe zu einer spürbaren Entlastung aller Einkommensschichten und trage damit zur Stärkung der Kaufkraft bei.

Heiner Geißler

Wirtschaftliches Wachstum – Voraussetzung für gute Zukunft

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im sechsten Jahr eines stabilen Aufschwungs. Die Mehrheit der Wirtschaftsforschungsinstitute in der Bundesrepublik Deutschland prognostiziert für dieses Jahr ein Wachstum von 1,5 bis 2 % und geht davon aus, daß 1988 die Wachstumschancen noch größer sind als in diesem Jahr. Die Bundesrepublik Deutschland ist zudem Weltmeister im Export: 11,3 % aller Ausfuhren in der Welt kamen 1986 aus der Bundesrepublik.

Einer der größten Erfolge der von Helmut Kohl geführten Bundesregierung besteht darin, daß im Wirtschaftsaufschwung zugleich die Preise stabil geblieben sind. In der ersten Hälfte des Jahres 1987 hatte die Bundesrepublik Deutschland eine Preisrate von – 0,1 %. Wirtschaftswachstum bei stabilen Preisen bedeutet ein Zuwachs an realer Kaufkraft. Während unter der SPD-Regierung Lohnerhöhungen von der Inflation weggefressen wurden – 1982 betrug die Inflationsrate 5,3 %, von Lohnerhöhungen blieb nichts übrig –, kommen Lohn erhöhungen heute den Arbeitnehmern voll zugute. Nach Ansicht der Experten der Deutschen Bundesbank ist die treibende Kraft des Wirtschaftswachstums nach wie vor die Nachfrage im Inland und hier insbesondere die der privaten Verbraucher. Millionen von Arbeitnehmern haben dank der guten Konjunktur und der stabilen Preise mehr Möglichkeiten als je zuvor, sich die Wünsche zu erfüllen, die sie sich erfüllen möchten. Die entscheidende Voraussetzung für den

Wirtschaftsaufschwung war die Konsolidierung des Bundeshaushaltes. Die Neuverschuldung des Bundes sank von 37,2 Milliarden Mark im Jahre 1982 auf unter 23 Milliarden in den Jahren 1985 und 1986.

Die Haushalts- und Finanzpolitik ist kein trockenes Zahlenspiel, sondern entscheidend für die Entwicklung unserer Volks wirtschaft, entscheidend für die soziale Situation der Menschen und entscheidend für die politischen Gestaltungsmöglichkeiten einer Regierung. Die neu gewonnenen Gestaltungsmöglichkeiten wird die von der CDU geführte Bundesregierung nutzen, um eine Politik der Steuersenkung und der Steuerreform zu betreiben. Die prozentual weitaus stärksten Steuersenkungen wird es bei den unteren Einkommen und den Berufstätigten mit Kindern geben. Viele Familien mit niedrigen Einkommen werden überhaupt keine Steuern mehr zahlen müssen.

So wird z. B. ein Arbeitnehmer mit 20273 Mark Bruttolohn, verheiratet, mit zwei Kindern, der 1985 noch 1 140 Mark Lohnsteuer zahlen mußte, im nächsten Jahr von jeder Lohnsteuerpflicht befreit sein. Die Entlastung dieses unterdurchschnittlich verdienenden Arbeitnehmers beträgt 100 %. Ein anderes Beispiel: Eine Arbeitnehmerin, verheiratet, mit zwei Kindern, die in der Elektroindustrie arbeitet und ein Durchschnittseinkommen von 31 700 Mark hat, wird 1988 gegenüber 1985 um 40 % entlastet, das heißt um 1 142 Mark.

Die Sozialdemokraten haben der soliden Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung nichts entgegenzusetzen als

negative Prophezeiungen und Schreckensszenarien. Sie behaupten ständig, die Steuerreform sei eine Steuerreform für die Reichen. Tatsächlich kommt die Steuerreform vor allem denjenigen zugute, die wenig oder durchschnittlich verdienen. Die SPD beklagt die Arbeitslosigkeit, die unter ihrer Regierungsverantwortung von 178 000 auf 1,8 Millionen angewachsen ist. Unter der von der CDU geführten Regierung wurde die Zunahme der Arbeitslosigkeit gestoppt, es entstanden ca. 640 000 neue Arbeitsplätze. Der Abbau der Arbeitslosigkeit bleibt ein vorrangiges Ziel der Regierung Helmut Kohls. In diesem Jahr gibt es 600 000 öffentlich geförderte Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen — im letzten Jahr der Regierung Helmut Schmidts waren es 260 000. In diesem Jahr gibt es 110 000 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, fast viermal soviel wie zuletzt unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung.

Die Sozialdemokraten haben aus ihren verhängnisvollen politischen Fehlern nichts gelernt. Sie glauben an staatlichen Dirigismus und mißtrauen den Fähigkeiten der Unternehmer und Arbeitnehmer. Sie sind Weltmeister im Jammern und Schwarzmalen geworden. Der Philosoph C. F. v. Weizsäcker hat die Sozialdemokraten neulich ermahnt, nicht auf ihre eigenen Horrorvisionen, etwa die vom Abbau des Sozialstaates, hereinzufallen.

Für uns Christliche Demokraten ist wirtschaftliches Wachstum oder technischer Fortschritt kein Selbstzweck, sondern eine Voraussetzung, um die Probleme unserer Zeit lösen zu können. Dabei ist nicht alles, was technisch möglich und ökonomisch vorteilhaft erscheint, unter humanen Gesichtspunkten auch wünschenswert. Wir wollen den Fortschritt nutzen, aber seine Risiken begrenzen. Nicht die Propheten des Unheils und des

Niedergangs werden die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland gestalten, sondern diejenigen, die durch entschlossenes und verantwortungsbewußtes Handeln daran mitwirken, daß die Welt schrittweise gerechter und menschlicher wird.

(Gastkommentar in der „Allgemeinen Zeitung Mainz“, 26. September 1987)

Reinhard Metz neuer Fraktionsvorsitzender

In ihrer konstituierenden Sitzung hat die CDU-Fraktion der Bremischen Bürgerschaft den 50jährigen Reinhard Metz einstimmig zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Er ist damit Nachfolger von Bernd Neumann, der die Fraktion 14 Jahre lang geleitet hatte und in diesem Jahr als Bundestagsabgeordneter nach Bonn überwechselte.

Als stellvertretende Fraktionsvorsitzende wurden Peter Kudella und Günter Klein bestätigt.

Reinhard Metz wertete die Wahl als „Zeichen für die Geschlossenheit der Fraktion“. Nach der Niederlage am 13. September zeige sich jetzt eine neue Aufbruchstimmung und die feste Absicht, die Scharte beim nächsten Mal wieder wettzumachen.

91,2 Mio. DM an Eigenbeteiligung bei stationärer Heilbehandlung

Einnahmen in Höhe von 91,2 Mio. DM ergaben sich im Jahre 1986 für die Rentenversicherung durch die Zuzahlung von täglich 5 DM beziehungsweise 10 DM bei stationären Heilbehandlungen. Die Summe entspricht etwa 2 Prozent der Nettoaufwendungen der Rentenversicherung für die Rehabilitationsmaßnahmen insgesamt, erklärte der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR).

Erfolgreiche Zusammenarbeit der christlich-demokratischen und konservativen Parteien

Auf ihrer dritten Parteiführerkonferenz im Berliner Reichstagsgebäude haben die nunmehr 27 christlich-demokratischen und konservativen Parteien aus Europa, Nord- und Südamerika, Australien und Asien, die sich 1983 in der Internationalen Demokratischen Union (IDU) zusammengeschlossen haben, eine weitere Etappe auf dem Weg zu einer immer engeren Zusammenarbeit erfolgreich zurückgelegt.

Auf der Konferenz, an der u. a. die britische Premierministerin Margaret Thatcher, der französische Premierminister Jacques Chirac und die Regierungschefs Turgut Özal (Türkei), Edward Fenech Adami (Malta) und Edward Seaga (Jamaica) sowie von seiten der CDU Bundeskanzler Helmut Kohl, Bundespräsident Philipp Jenninger, Ministerpräsident Bernhard Vogel, von seiten der CSU Ministerpräsident Franz Josef Strauß teilnahmen, wurden zentrale Fragen des Ost-West-Verhältnisses, die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus, die politische Lage in Lateinamerika sowie aktuelle wirtschaftspolitische Fragen, insbesondere Maßnahmen zur Stärkung der Marktwirtschaft und zur Überwindung der Arbeitslosigkeit, erörtert. Bundeskanzler Kohl führte die Diskussion zu den West-Ost-Beziehungen ein mit einem längeren Beitrag, in dem er die Grundlinien der Ost- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung darlegte. Die Konferenz wurde abgeschlossen mit einem Beitrag von Ministerpräsident Vogel zu den wirtschaftspolitischen Grundlinien der CDU in ihrer Regierungsarbeit.

In der „Berliner Erklärung“ würdigten die Parteiführer die Grundsatzeinigung über das Abkommen über die Mittelstreckenraketen zwischen den USA und der Sowjetunion. Sie bezeichneten zugleich jedoch die Reduzierung der strategischen Waffen um 50 %, den Abbau des deutlichen Übergewichts der Sowjetunion bei den konventionellen Streitkräften und den Kurzstreckenraketen sowie die Abschaffung der C-Waffen als notwendige weitere Schritte. Die Parteiführer wiesen darauf hin, daß die Teilung Europas und Deutschlands eine zentrale Frage des Ost-West-Verhältnisses bleibt. Frieden und Freiheit könnten nur in einer europäischen Ordnung, die auf dem Gedanken der Einheit und des Rechts auf Selbstbestimmung aufbaue, gewährleistet werden. Die Politik der Bundesrepublik Deutschland, die deutsche Einheit auf dieser Grundlage wiederzugewinnen, werde daher durch die Parteiführer unterstützt. Berlin sei im 750. Jahr seines Bestehens eine Herausforderung, die bestehenden Grenzlinien zu überwinden.

Die 1961 errichtete Mauer müsse verschwinden. Die Parteiführer stimmten überein, daß Berlin bei allen Bemühungen, Verständigung und Zusammenarbeit zwischen West und Ost zu fördern, berücksichtigt werden müsse. Die Parteiführer verabschiedeten ferner einen Maßnahmenkatalog gegen den internationalen Terrorismus, wobei auch der Drogenhandel besonders bekämpft werden soll. Im Bereich der Wirtschaftspolitik sprachen sie sich für eine Stärkung der marktwirtschaftlichen Strukturen insbesondere durch Privatisierung und Entbürokratisie-

rung aus, um dadurch auch die Arbeitslosigkeit abzubauen. Die Parteiführer verurteilten die fortdauernden Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua, Chile und Südafrika. Sie waren sich einig, daß internationaler Druck erforderlich ist, um die Achtung der Menschenrechte und die Durchsetzung demokratischer Maßstäbe in diesen Staaten durchzusetzen.

Ein wichtiges Thema am Rande der Konferenz war die zentrale Bedeutung Berlins und der deutschen Frage für die Verbesserung des West-Ost-Verhältnisses; sie war auch ein wesentliches Thema von Reden von Bundeskanzler Helmut Kohl, Bundestagspräsident Jenninger und dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Diepgen, in diesem Zusammenhang. Bei einer Kranzniederlegung an der Mauer, zu der sich alle Parteiführer versammelt hatten, wurde diese geschlossene Unterstützung der IDU-Parteien in der deutschen Frage auch symbolisch eindrucksvoll manifestiert.

Auf der Konferenz wurde als Nachfolger des ÖVP-Vorsitzenden und österreichi-

schen Außenministers Mock der frühere norwegische Ministerpräsident Kare Willoch zum neuen IDU-Vorsitzenden gewählt. Als deutscher Vertreter im IDU-Präsidium wurde Ministerpräsident Strauß, als Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses der stellv. CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Rühe bestätigt.

Die Konferenz, die als Beitrag der IDU zur 750-Jahr-Feier Berlins gedacht war, war Schauplatz intensiver Diskussionen, verlief zugleich aber in einer vorzüglichen Atmosphäre. Sie bot die Möglichkeit einer Vielzahl bilateraler Begegnungen der Mitgliedsparteien, die inzwischen eine Selbstverständlichkeit geworden sind. Als Möglichkeit der Begegnung zum intensiven Gespräch über Staatsgrenzen und Sprachbarrieren hinweg setzte die Berliner Konferenz damit Maßstäbe für die weitere Zusammenarbeit der christlich-demokratischen und konservativen Parteien in der Zukunft.

(Siehe auch UID-Dokumentation im grünen Teil dieser Ausgabe.)

Über die Risiken des Rauchens aufklären

Wegen der erwiesenen Gesundheitsschädigungen durch Rauchen hält Bundesgesundheitsministerin Rita Süssmuth neue staatliche Initiativen zur Verminderung des Tabakkonsums für „dringend erforderlich“. Ziel der Bemühungen müsse es sein, bis Mitte der neunziger Jahre den Anteil der Nichtraucher in der Bevölkerung um 10 Prozent zu erhöhen, sagte die Ministerin. Derzeit gibt es unter den über 14jährigen Bundesbürgern 63 Prozent Nichtraucher. Mit einer Nichtraucherkampagne, für die die Mittel im Bundesetat 1988 von zwei auf fünf Millionen Mark erhöht werden sollen, will Frau Süssmuth über die Risiken des Rauchens

aufklären und sich für mehr Rücksichtnahme auf Nichtraucher einsetzen. So empfiehlt sie unter anderem rauchfreie Zonen in Schulen, Krankenhäusern und Gaststätten.

Auch 1988 Wirtschaftswachstum

Der Internationale Währungsfonds (IWF) sagt in seinem Ausblick auf die Weltwirtschaft, der in diesem Monat in Washington veröffentlicht wird, für die industrialisierte Welt für 1988 eine Wachstumsrate von 2,6 v. H. (1987: 2,4 v. H.) voraus. Wie aus Währungskreisen in Washington verlautete, wird für die USA ein Wachstum von 3,1 v. H. erwartet, für die Bundesrepublik von 2,3 v. H. und für Japan von 3,2 v. H.

Gespräche zwischen Bundesregierung und Deutscher Bischofskonferenz

Vertreter der Bundesregierung unter Leitung von Bundeskanzler Helmut Kohl und der Deutschen Bischofskonferenz unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden, Bischof Karl Lehmann, sind am 17. September 1987 zu einem mehrstündigen Gedankenaustausch zusammengekommen.

Die Begegnungen zwischen der Deutschen Bischofskonferenz und der Bundesregierung finden in regelmäßigen Abständen statt. Themen des Gesprächs waren der Schutz des ungeborenen Lebens, soziale Fragen, die Grundlinien der Entwicklungspolitik, Probleme der Landwirtschaft und der Schutz des Sonntags.

Einigkeit bestand bei den Gesprächspartnern darüber, daß alles getan werden müsse, um den Schutz des ungeborenen Lebens weiter zu verbessern, erklärte hierzu Staatssekretär Friedhelm Ost. Es wurde begrüßt, daß die Notwendigkeit dieses verstärkten Schutzes des ungeborenen Lebens in der Öffentlichkeit heute zunehmend Resonanz findet. Die Bischöfe anerkannten das Bemühen der Bundesregierung, bei Schwangerschaftskonflikten verstärkte Hilfen anzubieten, sie wiesen nachdrücklich darauf hin, daß dem Staat in dieser Frage eine hohe Verantwortung zukomme und dringend weitere Schritte zu tun seien, um die Zahl der Abtreibungen zu verringern.

Die Arbeitslosigkeit und die Situation im Ruhrgebiet wurde von beiden Seiten als große Herausforderung für Politik und Kirche bezeichnet. Bei der derzeitigen Situation im Ruhrgebiet gehe es um mehr als nur um Arbeitsplätze. Es gehe um die

Zukunftschancen vor allem junger Menschen und junger Familien.

Die Bischöfe begrüßten die Grundlinien der Entwicklungspolitik der Bundesregierung. Sie stellten eine gute Grundlage für eine Fortentwicklung der Ziele und Maßnahmen auf diesem Gebiet dar. Ein zentraler Punkt der Diskussion über Entwicklungshilfe waren mögliche Maßnahmen gegen die Verschuldenskrise.

Die auf Dauer nicht mehr finanzierte Überproduktion landwirtschaftlicher Produkte und die drastische Abnahme der Zahl der bäuerlichen Betriebe wurden von den Gesprächspartnern als zentrale Frage in der Landwirtschaftspolitik bezeichnet. Auf eine gesunde und leistungsfähige, ihre Verantwortung für Mensch und Umwelt wahrnehmende Landwirtschaft, die durch den bäuerlichen Familienbetrieb geprägt sei, könne nicht verzichtet werden.

Die Bischöfe begrüßten die Strukturverbesserung des Familienlastenausgleichs, der nicht mehr nur auf das Kindergeld abgestellt sei, sondern auch das Erziehungsgeld und die Anerkennung des Erziehungsjahres im Rentenrecht umfasse. Sie baten gleichzeitig um ein weiteres Fortschreiten auf diesem Wege.

Die Bischöfe informierten die Bundesregierung über eine geplante Erklärung zum Sonntag. Darin werde die Sorge zum Ausdruck gebracht, daß das Bewußtsein für den Sonntag als den Tag des Herrn und seiner kulturellen Bedeutung nicht weiter schwinden dürfe. Von den politisch Verantwortlichen werde erwartet, daß die bisherige Regelung der Sonntagsruhe nicht durch die Erteilung von Ausnahmeregelungen ausgehöhlt werde.

Kein Kurswechsel in der Finanzpolitik:

Kurzfristige Erhöhung der Neuverschuldung dient der Entlastung der Bürger

Die SPD wirft dem Bundesfinanzminister im Zusammenhang mit der großen Steuerreform eine unsolide Finanzpolitik vor, weil er einen Teil der Steuerentlastungen über eine erhöhte Neuverschuldung finanziert.

Die „Große Steuerreform“ — sie entlastet die Bürger und die Wirtschaft in zwei Schritten, nämlich 1988 um etwa 14 und 1990 um rund 39 Milliarden DM — ist mit einer Erhöhung der Nettokreditaufnahme (Neuverschuldung) verbunden:

Laut mittelfristiger Haushaltsplanung wird die Nettokreditaufnahme des Bundes von 23 Milliarden DM im Jahre 1986 über 26,3 Milliarden DM in 1987 auf 30,9 Milliarden in 1990 zunehmen. Danach geht allerdings die Neuverschuldung des Bundes wieder spürbar zurück.

Was viele nicht wissen: Der Anstieg bedeutet keinen Rückfall in die SPD-Schuldenpolitik der siebziger Jahre. Die Defizite haben eine andere ökonomische Qualität — aus vier Gründen:

1. Die Nettoverschuldung ist 1990 um einiges kleiner als 1982, dem Jahr, in dem Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg sein Amt antrat.

Im Jahre 1982 belief sich die Nettoneuverschuldung des Bundes noch auf 37,2 Milliarden DM, sie war mithin um 6,3 Milliarden DM höher, als sie in drei Jahren (1990) sein wird.

Der Anteil der kreditsfinanzierten Bundesausgaben wird im Jahre 1990 sogar um

4,5 Prozentpunkte unter der Marke von 1982 liegen.

2. Der Anstieg der Defizite in den kommenden Jahren ist mit einem Rückgang der Staatsquote verbunden.

So soll der Anteil der Bundesausgaben am Bruttonsozialprodukt von 13,2 Prozent (1987) auf 12,5 Prozent (1990) abnehmen. Demgegenüber diente der Anstieg der Nettokreditaufnahme unter der SPD bis einschließlich 1982 zur Finanzierung der ständigen Ausweitung der staatlichen Aufgaben:

Unter der SPD stieg von 1978 bis 1982 der Anteil der Bundesausgaben am Sozialprodukt von 14,7 auf 15,3 Prozent — die Nettokreditaufnahme des Bundes erhöhte sich von 26,1 auf 37,2 Milliarden DM. Die jetzt notwendige Erhöhung der Neuverschuldung zur Teilfinanzierung der Steuerreform dehnt den Staatsanteil nicht aus, sondern gibt Bürgern und Wirtschaft neue Leistungsanreize und individuelle Spielräume.

3. Die Erhöhung des Defizits wird nur vorübergehender Natur sein und durch eine strikte Ausgabenbegrenzung „erwirtschaftet“.

Bereits für 1991 sieht die mittelfristige Finanzplanung einen Abbau der Nettokreditaufnahme auf 26,1 Milliarden DM vor. Das Festhalten an einem im Vergleich zum nominalen Bruttonsozialprodukt unterdurchschnittlichen Wachstum der Staatsausgaben ist auch nötig, um auch den Anstieg der Zinsausgaben zu

Neuordnung der Post

Liberalisierung bedeutet nicht Zerschlagung

Der Deutschen Bundespost steht eine Neuordnung ins Haus. Die Regierungskommission Fernmeldewesen, die Vorschläge zur Liberalisierung des Staatsbetriebs unterbreiten sollte, hat in der vergangenen Woche dem Bundeskanzler ihren Bericht übergeben. Darin wird die Trennung der nicht kostendeckend arbeitenden „gelben Post“ (Briefe, Pakete, Geld- und Zeitungsdienste) von der gewinnbringenden „grauen Post“ (Fernmeldewesen) empfohlen und gleichzeitig eine Liberalisierung des Endgerätemarktes — also mehr Wettbewerb zwischen Post und privaten Anbietern — gefordert.

(Fortsetzung von der vorigen Seite) begrenzen. Der Anteil der Zinsbelastung am Bundeshaushalt wird voraussichtlich Ende dieses Jahrzehnts mit knapp 12 Prozent rund einen halben Prozentpunkt über dem Ergebnis von 1987 liegen. Die Hauptursache dafür sind die unter der SPD gemachten Staatsschulden.

4. Die vorübergehend zunehmende Neuverschuldung des Bundes zur Finanzierung der Steuerreform ist auch unter den Gesichtspunkten der Entwicklung auf dem Kapitalmarkt vertretbar.

Zinssteigernde Effekte und damit ein Zurückdrängen privater Kreditnachfrage und Investitionstätigkeit sind nicht zu befürchten. Der Anstieg der Nettoeinkommen der privaten Haushalte wird nämlich zum Teil einer erhöhten Ersparnisbildung zugute kommen. Der erhöhten

Die Mehrheit der Kommission befürwortete die Beibehaltung des Netzmonopols der Deutschen Bundespost, die Minderheit trat für Wettbewerb im Netz ein. Die „Hessische Allgemeine“ führte mit dem medienpolitischen Sprecher der Fraktion, MdB Dieter Weirich, folgendes Interview:

Herr Weirich, die Deutsche Postgewerkschaft befürchtet eine „Zerschlagung der bewährten deutschen Bürgerpost“. Ist bei Realisierung der Vorschläge des Regierungsberichtes mit einer Privatisierung zu rechnen?

Weirich: Es geht nicht um Privatisierung, sondern um Liberalisierung. Auf dem

Kreditnachfrage seitens des Bundes steht damit ein erhöhtes Angebot gegenüber. Das alles führt dazu, daß der Finanzminister bei der Finanzierung seiner „Großen Steuerreform“ vorübergehend durchaus auch die Kreditaufnahme erhöhen kann.

5. Internationale Experten unterstützen den Kurs der kurzfristig zunehmenden Nettokreditaufnahme

Auch international bestehen keine Bedenken gegen die kurzfristige Erhöhung der Neuverschuldung in der Bundesrepublik. Der Internationale Währungsfond und die OECD halten die vorübergehende Erhöhung der Nettokreditaufnahme des Bundes für unproblematisch, weil sie im Zusammenhang mit den umfangreichen Steuerentlastungen steht, die von diesen Institutionen ausdrücklich begrüßt werden.

Endgerätemarkt soll Wettbewerb zwischen Post und privaten Anbietern herrschen. Eine verstärkt im Wettbewerb stehende Deutsche Bundespost, die zudem noch organisatorisch aufgefrischt werden muß, wird sich von einer Behörde in ein Unternehmen verwandeln und bei effizienter Arbeit noch höhere Milliarden gewinne einfahren. Die Chancen ihrer Beschäftigten wachsen. Die technische und wirtschaftliche Entwicklung im Bereich der Fernmeldedienstleistungen, also der Sprach-, Text- und Datenkommunikation ist ja längst in Gang gekommen.

Warum ist überhaupt eine solche Liberalisierung notwendig. Schließlich macht die Post im Gegensatz zur Deutschen Bundesbahn Gewinne?

Weirich: Die Post übersteht die schnelllebige technische Entwicklung nicht, wenn sie sich nicht durch Reformen anpaßt. Außerdem darf die Informationsverarbeitung kein Spielfeld für staatliche, dirigistische und monopolistische Planung sein. Die Liberalisierung der Post- und Telekommunikationsverwaltungen ist in den modernen Industrienationen weltweit in Gang. So haben England und Japan mit großem Erfolg liberalisiert. Die EG-Verträge verlangen freien Wettbewerb bei den Telekommunikationsdiensten.

Beim Netzmonopol der Deutschen Bundespost soll es nach dem Willen der Unionsparteien und auch der SPD-Opposition bleiben. Die FDP ist für Wettbewerb im Netz. Wer wird sich durchsetzen?

Weirich: Angesichts des Gemeinwohl- und Infrastrukturauftrages der Post wird wohl am Netzmonopol nicht gerüttelt werden, das aber liberal gehandhabt werden muß. So sollten neue Anwendungen über Satellitensysteme frei sein.

Auch beim Telefon soll es weiterhin ein Monopol geben?

Weirich: Beim einfachen Telefonendgerät ja. Aber im Zusammenhang mit der digitalen Technik, die bald verfügbar sein wird, löst sich das Monopol aus technischen Gründen auf. Der diese Technik in Anspruch nehmende Postkunde kann bald bis zu acht Endgeräte gleichzeitig anschließen, und zum Wettbewerb der Zukunft gehört der freie Zugang von Privaten zu allen Diensten.

Bonn und Ostberlin wollen Postverkehr verbessern

Die Bundesrepublik und die DDR wollen den Post- und Fernmeldeverkehr ausweiten und beschleunigen. Die Minister Schwarz-Schilling und Schulze vereinbarten in Ostberlin, zur Erörterung von Einzelheiten Arbeitsgruppen einzusetzen. Im einzelnen soll darauf hingewirkt werden, die Laufzeiten von Postsendungen in der DDR zu vermindern, die Zahl der zumeist wegen Nichteinhaltung der DDR-Zollbestimmungen zurückgewiesenen Sendungen zu senken, die Voraussetzungen für mehr, schnellere und einfachere Telephonate zu schaffen, das Mitführen von Funkanlagen auf Schiffen und in Autos in der DDR zu ermöglichen sowie die Funk-, Fernsprech- und Fernsehsituation in Westberlin zu verbessern. Nach Angaben aus dem Bundespostministerium werden die vereinbarten Laufzeiten von fünf Tagen für Briefe und sieben Tagen für Päckchen und Pakete oft weit überschritten. Die Zahl der vom DDR-Zoll zurückgewiesenen Postsendungen ist zwischen 1982 und 1986 von 42 000 auf 141 000 gestiegen, zumeist weil unerlaubte Schriften und Medikamente beigelegt wurden. Während zwischen 1974 und 1987 die Zahl der Fernsprechleitungen aus der Bundesrepublik in die DDR von 276 auf 1314 vermehrt wurde, sind in umgekehrter Richtung nach wie vor erst 203 Leitungen geschaltet.

Klare Zielsetzungen für die Agrarpolitik

Zur Überwindung der derzeitigen agrarpolitischen Probleme bedarf es dringend eines in sich geschlossenen Konzepts kurz-, mittel- und langfristiger Maßnahmen, das auf die unterschiedliche Interessenlage in den EG-Mitgliedstaaten, die unterschiedlichsten betrieblichen Strukturen und die Vielfalt der Ansprüche der Gesellschaft an die Landwirtschaft abgestellt ist, erklärte Wolfgang von Geldern, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Alle Mitgliedstaaten der EG sind stärker in die Verantwortung für die Begrenzung der Produktion einzubeziehen, damit das zentrale agrarpolitische Problem, der Abbau der Überproduktion, nachhaltig gelöst wird.

Unabhängig vom Erfolg dieser Bemühungen wird angesichts weiterer Produktivitätsfortschritte der Druck auf die Agrarmärkte und damit der Wettbewerb um Marktanteile zwischen den EG-Mitgliedstaaten und um Produktionskapazitäten zwischen den Betrieben anhalten und sich noch verstärken.

Will die deutsche Landwirtschaft in diesem Wettbewerb mithalten, muß sie stärker als bisher

— durch Verbesserung von Produktqualität und Absatzorganisation die Tatsache nutzen, daß sie im Zentrum des größten und kaufkräftigsten Verbrauchermarktes Europas liegt,

— Schwachpunkte wie vor allem die hohe Festkostenbelastung der Betriebe aufgrund zu geringer Durchschnittsgröße, beheben.

Im Rahmen eines zielgerichteten Aktionsprogramms sind Maßnahmen für landwirtschaftliche Familien erforderlich, die

- eine Förderung der strukturellen Entwicklung unterstützen,
- spezielle raumbezogene Leistungen gezielt, dauerhaft und direkt honoriert,
- den Übergang in eine außerlandwirtschaftliche Beschäftigung oder den vorzeitigen Ruhestand sozial flankieren.

Über die direkten Maßnahmen für die landwirtschaftlichen Betriebe und ihre Familien hinaus ist eine integrierte, ressortübergreifende Politik für den ländlichen Raum notwendig, um dessen Wirtschaftskraft sowie seinen Lebens-, Freizeit- und Erholungswert für die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung nachhaltig zu stärken und zu verbessern.

Auf Rinderwachstums-hormon verzichten

Das derzeit in der öffentlichen Kontroverse stehende Rinderwachstumshormon Somatotropin, welches ein natürlich vorkommendes Eiweiß darstellt und nun gentechnisch hergestellt werden kann, soll als Leistungsförderer in der Milchproduktion dienen. Diese Entwicklung gab Anlaß dazu, daß die Mitglieder der CDU/CSU- und FDP-Fraktion einen Entschließungsantrag im Ernährungsausschuß gestellt haben, teilte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Egon Susset mit.

In dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, in den Gremien der Europäischen Gemeinschaft mit Nachdruck darauf hinzuwirken, daß Somatotropin in der gesamten EG nicht zugelassen wird. Ungeachtet der Tatsache, ob das Somatotropin gesundheitlich unbedenklich ist oder nicht, birgt seine Anwendung in verschiedener Hinsicht Gefahren.

Spitzengespräch beim Kanzler:

Der Bund bleibt ein fairer Partner der Kommunen

Der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, empfing in Bonn führende Kommunalpolitiker von CDU und CSU zu einem ausführlichen Gedankenaustausch über aktuelle Aufgaben und Probleme der Kommunen. Es nahmen u.a. der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, Oberbürgermeister Manfred Rommel und der Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Theo Magin teil. Von Regierungsseite waren die Bundesminister Blüm, Schneider, Warnke und Schäuble, Staatsminister Stavenhagen, die Parlamentarischen Staatssekretäre Wafenschmidt und Pfeifer sowie Staatssekretär Stroetmann vertreten.

Im Mittelpunkt der Erörterungen standen die Themen:

- Auswirkung der Steuerreform auf die Gemeindefinanzen
- Entwicklung der Sozialhilfe
- Förderung des Städtebauförderungsprogramms
- Kommunale Umweltschutzpolitik
- Gemeineverkehrsfinanzierungsgesetz.

Bundeskanzler Helmut Kohl betonte die Bedeutung der Kommunalpolitik für die gesamtstaatliche Entwicklung. Er wies darauf hin, daß Bund, Länder und Gemeinden ausgewogen an den Mindererinnahmen durch Steuersenkung und Steuerreform beteiligt werden sollen. Der Bund werde dabei ein fairer Partner der kommunalen Ebene bleiben. Der Bundeskanzler machte weiter deutlich, daß endgültige Aussagen zur Zeit noch nicht

möglich seien, weil die Entscheidungen erst im Laufe des Herbstes getroffen werden. Der Bundeskanzler begrüßte, daß von den positiven Wirkungen der notwendigen Steuerreform für Wirtschaft und Wachstum auch die Kommunen profitieren werden. Er bat die Vertreter der Kommunen um Unterstützung der Steuerreformpläne der Bundesregierung.

Bei der Sozialpolitik wurden insbesondere die soziale Sicherung bei Pflegebedürftigkeit sowie die Entwicklung der Kosten durch Arbeitslosigkeit angesprochen. Der Bundeskanzler hob hervor, daß die soziale Sicherung bei Pflegebedürftigkeit eine besondere Aufgabe für die gesamte Gesellschaft darstelle, die angesichts der vielfältigen Probleme und der großen finanziellen Dimension nur schrittweise gelöst werden könne. Die Koalitionsparteien hätten eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die im Rahmen der Strukturreform des Gesundheitswesens Lösungsvorschläge für eine bessere Absicherung entwickeln soll. Zur Arbeitslosigkeit betonte der Bundeskanzler, daß in den letzten Jahren die soziale Sicherungsfunktion der Arbeitslosenversicherung deutlich verbessert worden sei. Hervorzuheben seien insbesondere die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes zugunsten längerfristiger Arbeitsloser sowie Maßnahmen für arbeitslose Jugendliche.

Zur Städtebauförderung verwies der Bundeskanzler auf den Beschuß des Bundeskabinetts vom 1. Juli 1987. Die Bundesregierung habe den Ministerpräsidenten der Bundesländer ein Konzept angebo-

Neu im Angebot

Aktuelles CDU extra

Stückpreis
10 Pfennig

- **Abrüstung:** Die Abrüstung atomarer Mittelstreckenraketen ist auch ein Erfolg von CDU und Helmut Kohl!
- **Konjunktur:** Die Stimmung in der Wirtschaft hat sich zusehends gebessert. Unser Erfolg!
- **Honecker-Besuch:** Fortschritte zum Wohle der Menschen beider Staaten in Deutschland. Unser Erfolg!
- **Steuerreform:** Damit Leistung sich lohnt, weniger Steuern für alle! Unser Erfolg!

Das sind die Schwerpunkte im neuen CDU extra. Auf vier Seiten, in Farbe, zum Stückpreis von nur 10 Pfennig!

Wenn Sie wollen, daß unsere erfolgreiche Politik wieder im Mittelpunkt der Diskussion steht, dann können Sie mit der Verteilung dieser Zeitung ein gutes Stück dazu beitragen!

Bestell-Nr.: 2993

Mindestbestellmenge: 250 Expl.

Preis pro Mindestbestellmenge: 25,— DM zzgl. MwSt.

Bestellungen über das

IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

ten, wonach für eine Übergangszeit weiterhin eine Mitfinanzierung der Städtebauförderung durch den Bund erfolgen könne.

Bei der kommunalen Umweltschutzpolitik bietet der Bund Hilfen im Rahmen seiner Zuständigkeiten an. Die Bundesregierung wird das bisher Erreichte auch konzeptionell weiterentwickeln, u.a. Grundwasserschutzkonzeption, Maßnahmen zum Bodenschutz.

Modellprogramm „Ambulante Dienste für Pflegebedürftige“

Bundesgesundheitsministerin Rita Süssmuth hat allen in der Sozialarbeit engagierten Männern und Frauen für die

Betreuung von Pflegebedürftigen in deren eigenem Heim gedankt. „Über 20 Prozent der Pflegebedürftigen müßten ohne Einsatz der Sozialstationen stationär untergebracht werden“, erklärte Frau Süssmuth in Bonn in einem Zwischenbericht über das Modellprogramm „Ambulante Dienste für Pflegebedürftige“. Dieses Programm des Bundesfamilienministeriums läuft seit Ende 1984.

Gute Erfahrung habe man dabei auch mit dem Einsatz von Zivildienstleistenden gemacht. Nachdem es anfänglich Vorbehalte gegeben habe, würden die Zivildienstleistenden nunmehr voll akzeptiert. Sie fänden dort eine breite Palette von Einsatzfeldern. Voraussetzung für ihren erfolgreichen Einsatz sei allerdings sorgfältige Auswahl, Ausbildung und Anleitung.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

CDU - Die Zukunft

**CDU
extra**

CDU - Die Zukunft

**Mehr Deutsche
können jetzt
zueinander**



Weiter so: Frieden schaffen mit weniger Waffen

Endlich ist es soweit. Weltweit werden die atomaren Mittelstreckenraketen, mittlerer und kürzerer Reichweite abgebaut. Die USA und die UdSSR, die hunderte weiblitsischen Abkommen zwischen den USA und der UdSSR haben die

CDU und die Bundesregierung unter Führung von Helmut Kohl einen entscheidenden Anteil.

Wir haben das Ziel der CDU verwirklicht: Frieden schaffen mit immer weniger Waffen. Deshalb geben wir uns auch

mit diesem ersten ermutigenden Schritt nicht zufrieden. Jetzt gilt es, nicht nur bei den Raketen, sondern auch bei den Panzern abzuwarten und ein weiteres Verbot chemischer Waffen zu erreichen.

CDU - Die Zukunft

mit, nicht nur bei den Raketen, sondern auch bei den Panzern abzuwarten und ein weiteres Verbot chemischer Waffen zu erreichen.

**Norbert Blüm:
Hilft den
älteren Müttern**

"Hilft den älteren Müttern, die von 1967 geboren worden sind, möglichst unbürokratisch in den Genuss der Rentenversicherungseinstellung zu kommen!" Bietet ruf der Bundesarbeitsminister Norbert Blüm die Behörden, Kirchen, Verbände und Gewerkschaften auf. Er bittet auch die Kinder der Berechtigten, die älteren Mütter auf ihre Rentenansprüche hinzuweisen und ihnen bei der Erledigung der notwendigen Formalitäten zu helfen.

Die Mütter brauchen nicht nach den örtlichen Versicherungsanstalten zu gehen und den Antrag mit den Geburtsdokumenten abzugeben. Sie können auch einen Anwalt, Angehörigen oder eine andere Person ihres Vertrauens beauftragen.

Informations- und Antragsannahmestellen sind: Gemeinde-, Stadt- und Kreisverwaltungen, die Auskunfts- und Beratungsstellen, Rentenversicherung und deren Vertriebsstellen, die Krankenkassen.

(Siehe auch Seite 15)

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold

UID

30/87

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 54411 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Herstellung:** VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.